Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: - (1926)
Heft: 6

Artikel: Die Hauptphasen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands

Autor: Olberg, Paul

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-760002

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Hauptphasen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands

Von Paul Olberg

Die Entstehung des russischen Kapitalismus sowie die gesamte Geschichte der Volkswirtschaft Russlands unterscheidet sich wesentlich von der Entwicklung Westeuropas. In den westeuropäischen Ländern hatten die Völker das Glück, eine rationelle, sozusagen natürliche Wirtschaftsevolution durchzumachen. Als die ländliche Bevölkerung, infolge des Nachwuchses, gezwungen war, neue Existenzmöglichkeiten zu suchen, ging sie entweder zu höheren Wirtschaftsformen über oder ließ sich in den Städten nieder, wo sie Handel und Gewerbe betrieb. Dieser Prozess war durch die bevölkerungspolitischen Verhältnisse bestimmt, weil die benachbarten Gebiete dicht besiedelt waren und keine Kolonisten aufnehmen konnten. Die Entwicklung des städtischen Gewerbes und des Warenaustausches stand in engem Zusammenhang mit der Entstehung der Städte. Zugleich haben die Städte durch die Entwicklung von Handwerk und Handel eine große soziale Bedeutung gewonnen. Die städtische Bevölkerung entwickelte sich zu einem bedeutenden machtpolitischen Faktor und konnte eine gewisse Unabhängigkeit von den Feudalen erringen. Dadurch bekamen die Städte für die unterdrückte Bauernbevölkerung eine große Anziehungskraft. Sie suchte dort um so mehr Zuflucht, als die städtischen Gewerbe Existenzmöglichkeiten boten. Auf diese Weise entstand die erforderliche gleichmäßige Verteilung der produktiven Kräfte zwischen der Stadt und dem flachen Lande, die die Voraussetzung jeder rationellen Volkswirtschaft bildet. Eine weitere wichtige Folge dieses Prozesses war die frühzeitige Entstehung der städtischen Bürgerschaft und Kultur. Ganz anders entwickelten sich die Verhältnisse in Russland. Im Unterschied von den westeuropäischen Ländern hat Russland die wichtigen geschichtlichen Phasen des Handwerks und der Manufaktur fast nicht durchgemacht. Dieser Umstand war von großer Tragweite für die spätere wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes. Als Mitte des vorigen Jahrhunderts nach der Aufhebung der Leibeigenschaft die moderne Industrie für die erfolgreiche Entwicklung Russlands eine geschichtliche Notwendigkeit wurde, hatte sie in der Stadt keine einigermaßen feste Grundlage. Sie gestaltete sich nicht, wie in Westeuropa, auf dem Wege der Evolution, als eine organische Folge des Handwerks und der Manufaktur, zu einer höheren, rationellen Wirtschafts-

form, sondern sie entstand sozusagen von heute auf morgen, mit tatkräftiger Unterstützung des Auslandes und des Staates, für dessen Aufgaben sie eigentlich ins Leben gerufen wurde. *Die hohen kapitalistischen Betriebsformen des Westens wurden mechanisch auf den unreifen, rückständigen russischen Boden übertragen.* Die russische Industrie hatte bei ihrem Entstehen weder eigenes Nationalkapital, noch eine gelernte Arbeiterschaft, noch einen aufnahmefähigen Absatzmarkt, noch die Erfahrungen der Manufakturperiode. Daher nahm die Entwicklung der russischen Industrie sowie überhaupt des Kapitalismus in Russland krankhafte Formen an, die den westeuropäischen Ländern fast unbekannt sind. Einen starken, oft ausschlaggebenden Einfluss auf den russischen Kapitalismus übte, wie gesagt, das ausländische Kapital aus. Es strömte in die Industrie Russlands, weil der russische Protektionismus ihm enorme Gewinne sicherte, und weil große staatliche Aufträge für Armee, Marine, Eisenbahnwesen überaus verlockend waren. Außerdem hatte der ausländische Kapitalist in Russland billige Arbeitskräfte, die er um so mehr frei ausbeuten konnte, als in der fraglichen Zeit, in den siebziger und neunziger Jahren, im Lande fast noch keine Arbeiterschutzgesetzgebung existierte.

Die kapitalistische Entwicklung Russlands musste naturgemäß eine gewisse soziale Umschichtung hervorrufen und entsprechende rechtliche Bedingungen für die neuen sozialen Gruppen und Volksschichten schaffen. So entstand eine Arbeiterklasse und die umfangreiche Schicht der Intelligenz. Allmählich bildete sich eine öffentliche Meinung heraus, die in den zahlreichen Tageszeitungen, den wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen und nicht zuletzt in den liberalen Kreisen der Semstwo zum Ausdruck kam. Der Absolutismus wollte aber den neuen sozialen Erfordernissen des Landes nicht Rechnung tragen: Eine unmittelbare Folge dieses Widerspruches war die Revolution des Jahres 1905.

Kritisch und geradezu trostlos war unter dem Absolutismus die Lage der Bauern. Auch die Arbeiterschaft und die Intelligenz, die politisch fortgeschrittensten Volksschichten, empfanden die Rechtlosigkeit unter dem alten Zarismus besonders schwer. Sie bildeten daher den Vortrupp der russischen revolutionären Bewegungen.

Die Bauernreform vom 19. Februar 1861, betreffend die Aufhebung der Leibeigenschaft, erklärte die Bauern persönlich für frei und gewährte ihnen pro Seele eine Landparzelle. Für den ihnen überlassenen Landanteil waren die Bauern verpflichtet, dem Grundbesitzer eine gewisse Pacht, den Obrok, zu zahlen oder für ihn bestimmte Arbeiten zu verrichten. Die Höhe der Pachtzahlung hing nicht etwa von der

Bodenbeschaffenheit, sondern nur davon ab, wieviel unter den allgemeinen Verhältnissen in der betreffenden Gegend aus dem Bauern herausgepresst werden konnte. Diese Bedingungen beließen die Bauern in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Grundbesitzern, da das ihnen zugeteilte Land nicht genügte, um auch nur das Hungerbudget der Bauern zu decken, die Staatsabgaben zu leisten und im besonderen die Loskaufschulden zu tilgen. Die Bauern waren daher genötigt, beim Gutsbesitzer weiteres Land zu pachten. Diese machten sich die verzweifelte Lage der Bauern zunutze und diktierten ihre knechtenden Bedingungen. Die angeblich befreiten Bauern waren in Wirklichkeit zu Halb-Leibeigenen gemacht worden.

Durch die revolutionäre Bewegung des Jahres 1905 in die Enge getrieben, schritt die Regierung Stolypin zu Agrarreformen, sie beschränkte sich aber dabei auf ein Kautschukprogramm und auf Zugeständnisse, die nur dahin zielten, die meuternde Landbevölkerung einigermaßen zu beschwichtigen. Geleitet vom Standpunkte der Interessen der Großgrundbesitzer, konnte die Agrarpolitik Stolypins der Masse der Bauernschaft keine wesentlichen realen Vorteile bieten.

Die Agrarfrage blieb in ihrem grundsätzlichen Teil nach der Herrschaft Stolypins für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Russlands ungelöst. Daher sind eben die Revolutionen der Jahre 1917 eigentlich Bauernrevolution.

Die größten Veränderungen hat in Russland die Agrarrevolution hervorgerufen und verankert. Der Großgrundbesitz des russischen Adels ist restlos konfisziert und unter die Bauernschaft verteilt worden. Die Bestrebungen der Bauern bezüglich des Landes sind in weitgehendstem Maße erfüllt worden. Von nicht geringerer Bedeutung für die Bauern ist die politische Sicherheit des Landbesitzes. Eine schwere Enttäuschung wartet aller, die glauben, dass die Herstellung der Vorrevolutionsverhältnisse auf dem platten Lande möglich sei. Man verkennt die geistige Verfassung der Bauern vollkommen, wenn man sich dieser Illusion hingibt.

Die erste Periode der Agrarrevolution, nämlich die Jahre 1918 bis 1921, kennzeichnete sich durch die dauernde Aufteilung des Landes, um angeblich das Ideal des Gleichheitssystems zu verwirklichen, sowie um den Anforderungen des Nachwuchses der ländlichen Bevölkerung an Grund und Boden genügen zu können. Aus wirtschaftlichen, psychologischen und sozialen Gründen war diese Bewegung von vornherein zum Scheitern verurteilt. Durch den Ausgleichungsprozess wurde nur eine gewisse

Nivellierung der Bauernschaft erzielt, die seit 1921 durch eine soziale Differenzierung abgesetzt ist.

Seit dem Bauern durch die neue Wirtschaftspolitik das Recht eingeräumt worden ist, seine Produkte frei abzusetzen, geht er immer mehr zur Waren- und Geldwirtschaft über. Sowohl das organische Bestreben der Bauernwirtschaft zur Ausdehnung und Kapitalvermehrung, als auch die für die Bauern bestehende Notwendigkeit, den Forderungen der Steuerbehörden nachzukommen, zwingen den Bauern, die Produktion zu steigern. Mittlerweile haben in den letzten Jahren, seit 1922, die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt sich einigermaßen stabilisiert. Für die Produkte der Landwirtschaft entstand erneut ein Markt, wenn auch mit einer geringen Aufnahmefähigkeit. Immerhin ist eine gewisse Wiederherstellung der Wirtschaft in Stadt und Land bemerkbar. Da aber die Gesamtpolitik des Sowjetstaates, auf die hier nicht eingegangen werden kann, die Volkswirtschaft noch sehr stark beeinträchtigt, so vollzieht sich in Russland gleichzeitig ein Prozess der sozialen Umschichtung und der Verarmung der Bauernschaft. Laut sowjetamtlichen Angaben von Anfang 1925 besitzen die Kleinbauern (bis 4 Dessjatinen Anbaufläche), die 31,3% der Gesamtwirtschaften bilden, nur 11% des Grund und Bodens und 19,1% des Viehbestandes; die wohlhabenden Bauernschichten (von 8 und mehr Dessjatinen), die 19,2% der Wirtschaften bilden, ganze 42% der Anbaufläche und 34,9% des Viehbestandes; der mittlere Bauernstand (von 4 bis 8 Dessjatinen) bildet 49,5% der Wirtschaften, besitzt 46,3% der Anbaufläche und 46,0% des Viehbestandes.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, dass der Besitz der russischen Bauernschaft zur Zeit sehr ungleichmäßig verteilt ist. Während die mittlere Bauernschicht ihrer Anzahl entsprechendes Land und Arbeitsvieh besitzt, unterscheiden sich die beiden anderen Schichten in wirtschaftlicher Hinsicht sehr wesentlich voneinander.

Um die gegenwärtigen Zustände im russischen Dorf zu veranschaulichen, sei darauf hingewiesen, dass es in Russland Gebiete gibt (Ukraine), wo 40% der Bauernschaft keine Pferde und 34% kein totes Inventar haben; in vielen Gebieten besitzen 90% der Wirtschaften nur ein Pferd. Nach sowjetamtlichen Erhebungen erreichte Anfang 1925 der Überschuss an Arbeitskräften auf dem flachen Lande 19,9 Millionen Arbeiter, was 43% der Gesamtzahl der ländlichen Arbeitskräfte (45,9 Millionen) ausmacht.

Die russische Agrarfrage ist heute abermals in hohem Grade eine Frage des Mangels an Grund und Boden, an Betriebsmitteln (lebendem

und totem Inventar), sowie insbesondere der Übervölkerung. Der Übergang zu höheren Formen der Landwirtschaft, um die Produktion zu steigern, die Wiederaufnahme der Kolonisation in großem Maßstabe, die Hebung der Industrie, – dies sind die Wege und Mittel, um die Agrarfrage auf rationeller Grundlage zu lösen. Diese gewaltigen Aufgaben zu verwirklichen, ist eine dringende Notwendigkeit nicht nur für das Gedeihen der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft Russlands. –

In der wirtschaftlichen Entwicklung Sowjetrusslands sind zwei Hauptphasen zu unterscheiden: der sogenannte *Kriegskommunismus* und der *Staatskapitalismus*. Die erste Phase umfasst die Jahre von 1918 bis 1921. Sie begann bald nach der Befestigung des Diktaturregimentes und dauerte bis zur Proklamierung der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik (Nep), d. h. bis Anfang 1921, mit welcher der Staatskapitalismus identisch ist. Ursprünglich bezeichnete die Sowjetliteratur die Periode 1918 bis 1921 einfach als Kommunismus bzw. Sozialismus. Erst als die Wirtschaftspolitik dieses geschichtlichen Abschnittes versagt hatte und aufgegeben werden musste, erklärte Lenin, dass es kein echter Kommunismus gewesen sei, sondern ein Kommunismus besonderer Art, nämlich ein *Kriegskommunismus*, der in den anormalen Verhältnissen des Bürgerkrieges sich durch Zwangsmethoden behaupten musste. Der Staatskapitalismus, der den Kriegskommunismus ersetzt hat, ist bis heute wirksam. Das Charakteristische der Periode des Kriegskommunismus war die *extreme Zentralisation* der gesamten Wirtschaftszweige des Landes in den Händen des Staates durch Zwang, richtiger durch Gewaltmethoden. Das Programm der Sowjetgewalt lautete damals: Herstellung des Kommunismus bzw. Sozialismus um jeden Preis auf der Grundlage der Sozialisierung und Nationalisierung. Dabei waren aber die Grundsätze des Überganges vom kapitalistischen Wirtschaftssystem zum kommunistischen verkehrt aufgefasst und in der Praxis entstellt. Diese Politik schlug mit Naturnotwendigkeit fehl.

Die Sowjetgewalt stellte sich auf den Boden der vollzogenen Tatsachen. Der Kriegskommunismus wurde preisgegeben und die Rückkehr zum Kapitalismus verkündet.

In der Stadt kennzeichnet sich der sowjetistische Staatskapitalismus dadurch, dass der Staat das Verkehrswesen, die gesamte Groß- und Mittelindustrie, einen großen Teil des Handels, namentlich den Außenhandel, und das Bankwesen in seinen Händen konzentriert. Diese Wirtschaftszweige mitsamt der Steuerpolitik werden von den Sowjetpolitikern

als die materiellen Festungen des Diktaturregimentes betrachtet. Dementsprechend wird die Beteiligung der Genossenschaften und des Privatkapitals in der Industrie und im Handel nur in ganz beschränktem Maße gewährleistet, und zwar unter strenger Kontrolle der Staatsgewalt. Zugleich sind gemischte Wirtschaftsunternehmungen zu verzeichnen, d. h. solche, die unter Beteiligung von Staats- und Privatmitteln fungieren. Staatsbetriebe sind zum Teil an Privatpersonen verpachtet. Schließlich spielen in der Sowjetwirtschaft Konzessionen eine gewisse Rolle, und zwar nicht nur in Handel und Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft.

Die Stellung der Privatindustrie wird durch die zwei folgenden Grundmomente bestimmt: einerseits durch die relativ schnelle Kapitalansammlung, die eine breite Ausdehnung im Handel gefunden hat, und anderseits durch die engen rechtlichen Grenzen, die das Wachsen des Privatkapitals sehr hemmen.

Die Hauptursachen, die das Gedeihen des Privatkapitals unterbinden, sind die folgenden: unerträgliches Steuersystem, hohe Körperschaftssteuer (etwa 43% der Bruttoeinkünfte), hohe Mieten, Kreditverweigerung seitens des Staates, das Verbot, Handelsoperationen mit Privatpersonen vorzunehmen, Vorzüge, die der Staat bei solchen Transaktionen den Genossenschaften zuteil werden lässt, und das Bestreben der Gewerkschaften, in den Privatbetrieben höhere Löhne und Gehälter, als in den staatlichen Unternehmungen, zu erzielen.

Insgesamt hat Russland seit Beginn der Konzessionspolitik etwa 1200 Konzessionsanträge erhalten. Die Mehrheit dieser Anträge war nicht ernst zu nehmen. Zum 1. August 1925 wurden insgesamt 103 Konzessionen abgeschlossen, davon entfallen 26 auf den Handel, 17 auf verarbeitende Industrie, 13 auf den Bergbau, 13 auf die Landwirtschaft, 12 auf Transport und Verkehr, 6 auf Holzwirtschaft und 3 auf andere Gebiete.

Die Einnahmen, die die Regierung im Jahre 1924 aus allen Konzessionsunternehmungen erhielt, beliefen sich auf etwa 13 Millionen Rubel.

Eine wichtige Rolle spielt im russischen Wirtschaftssystem das staatliche Außenhandelsmonopol, wonach die Ein- und Ausfuhr nur mit Genehmigung des Staates erfolgen kann. Mit einigen Ausnahmen, die das Gesetz vorsieht, tritt der Sowjetstaat sowohl als der einzige Exporteur als auch Importeur auf.

Nach seinem Umfange und zum Teil seiner Organisation kann der Sowjetkapitalismus mit der Zwangswirtschaft der Kriegsepoche verglichen werden. Wenn aber wichtige Wirtschaftszweige unter den außerordentlichen Verhältnissen der Kriegszeit vorübergehend, als die Länder

von einander isoliert waren, erfolgreich fungieren konnten, so ist dies unter normalen Zuständen überaus schwer, wenn nicht ausgeschlossen. Denn die freie wirtschaftliche Tätigkeit im Innern jedes Landes, sowie der internationale Warenaustausch, auf den sämtliche Völker angewiesen sind, dulden keine künstlichen Schranken. Und wenn solche Schranken, wie in Sowjetrussland, durch die gewaltigen Machtmittel des Staatsapparates auferlegt werden, so beeinträchtigen sie die produktiven Kräfte des Landes ungeheuerlich.

Sowohl nach seiner hierarchischen Struktur, als nach seinen extremen Verwaltungsmethoden ist der vom Geiste des Bureaukratismus durchdrungene Sowjetstaat nicht imstande, eine gesunde Industrie- und Handelspolitik zu treiben.

Das Grundverhängnis der sowjetistischen Staatswirtschaft ist, dass sie gänzlich von innerpolitischen Motiven beeinflusst wird, indem sie als Mittel oder – nach der Sowjet-Terminologie – als « regierende Festung» des Diktaturregimentes betrachtet wird. Im Unterschied zu einer rationellen Nationalisierungspolitik, die der Gesamtheit dient, nimmt die Sowjetpolitik die Wirtschaft zuviel im Interesse der regierenden Partei und der privilegierten Schichten der Beamten- und Angestelltenschaft in Anspruch. Dadurch wird in sehr hohem Maße die Volkswirtschaft beeinträchtigt und die Gesundung des Landes gehemmt.

Ununterbrochen vollzieht sich in Sowjetrussland ein Kampf zwischen dem Privatkapital und dem sogenannten Staatskapitalismus. Er wird mit ungleichen Mitteln geführt. Die mächtigen Gesetze der geschichtlichen Entwicklung stärken Tag für Tag die Stellung des Privatkapitalismus, dem die Sowjetpolitik eine Konzession nach der anderen machen muss. Denn dem Privatkapitalismus ist durch den ganzen Entwicklungsgang Russlands die Zukunft sicher.